

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

In dieser Woche haben wir in einem beispiellosen Eilverfahren das auf drei Jahre angelegte Hilfspaket für Griechenland auf den Weg gebracht. Gemäß der Einigung der Mitglieder der Eurogruppe vom 11. April 2010 soll es einmalige IWF-Hilfen in Höhe von bis zu 15 Mrd. € sowie weitere bilaterale Hilfen der Mitglieder der Eurogruppe für das Jahr 2010 in Höhe von 30 Mrd. € umfassen. Diese bilateralen Hilfen werden anhand des Eigentümerschlüssels an der Europäischen Zentralbank verteilt, so dass der deutsche Anteil bis zu rund 8,4 Mrd. € betragen wird.

Warum aber helfen wir Griechenland, werden sich viele von Ihnen fragen? Die Stabilität der gemeinsamen Währung Euro ist im ureigensten Interesse Deutschlands. Von der Stabilität des Euro hat insbesondere Deutschland als Exportnation profitiert. Dies hatte und hat positive Effekte auf unsere Beschäftigungs- und Wachstumssituation. Die Union muss sich wie bei der Einführung des Euro versprochen, für die Stabilität des Euro einsetzen.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Finanzhilfen für Griechenland	...S.2
Deutschland als Bildungsrepublik	...S.2
Jobcenterreform	...S.3
Bundesausbildungsförderungsgesetz	...S.5
Schaffung eines Stipendienprogramms	...S.5
Verbesserung am Arbeitsmarkt	...S.6
Marktwirtschaft hilft durch die Krise	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de



Finanzhilfen für Griechenland

Griechenland befindet sich in einer besonderen finanziellen Krise. Diese ist sicherlich durch die Wirtschaftskrise entstanden, hat aber zum anderen auch nationale Ursachen. Diese Ursachen beruhen letztlich in einer unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands.

Ingrid Fischbach, MdB: „Die Verantwortung Griechenlands für die eigene Situation ist nicht völlig losgelöst zu sehen von den damit verbundenen Wirkungen im Euroraum und auf die deutsche Wirtschaft. Aufgrund der engen wirtschaftspolitischen Verbindungen innerhalb des Euroraums hätte ein möglicher Staatsbankrott Griechenlands erhebliche negative Auswirkungen auf den Finanzplatz Deutschland und auf die deutsche Wirtschaft. Diese negativen Auswirkungen wären für die deutsche Volkswirtschaft und den Bundeshaushalt mit erheblich höheren Kosten verbunden als eine mögliche direkte Hilfe Griechenlands zum jetzigen Zeitpunkt.“

Deutschland als Bildungsrepublik

Die christlich-liberale Koalition ist im Herbst des letzten Jahres angetreten, um die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen. Die Investitionen in Bildung und Forschung steigern wir deshalb massiv: Bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitstellen. Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Der Berufsbildungsbericht 2010, den das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, macht deutlich, dass sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht wesentlich verschlechtert hat. Im vergangenen Jahr waren erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appelliert an die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. Zugleich zeigt der Berufsbildungsbericht aber auch, dass eine große Zahl junger Menschen nicht ausbildungsreif ist und ihnen damit der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt. Insgesamt verfügen 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40 % der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss. Mit dieser hohen Zahl finden wir uns nicht ab. Dabei geht es nicht nur um „Fachkräftemangel“ und „Negativeffekte“ auf unsere Wirtschaft, sondern insbesondere um die Lebenschancen unserer jungen Menschen.

Ingrid Fischbach: „Wir wollen deshalb mit einer Ausbildungsinitiative, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, gezielt zur Bildungsintegration beitragen. Dazu gehört die frühzeitige individuelle Förderung der Jugendlichen ebenso wie die Ausschöpfung der Ausbildungspotentiale ausländischer Unternehmen.“

Anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichtes 2010 hat Bundesministerin Annette Schavan eine neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ vorgeschlagen, mit der der Übergang in die berufliche Ausbildung gefördert werden kann. In Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern sollen im Rahmen dieser Initiative bildungsgefährdete Jugendliche von der 7. Klasse an bis zum Ausbildungsabschluss durch Bildungslotsen begleitet werden.

Jobcenterreform

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll an die verfassungsrechtlichen Vorgaben angepasst und zukunftssicher gestaltet werden. Es ist vorgesehen, dass die



Wußten Sie schon,

... dass die EU im Jahr 2009, 7,57 Milliarden Euro an Agrarsubventionen an Deutschland überwiesen hat? Die größten Empfänger waren Molkereien, Zuckerproduzenten und Tiermastbetriebe.

Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen arbeiten und ihre Leistungen aus einer Hand erbringen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zusätzlich können nach einem geregelten Verfahren und nach festgelegten Kriterien weitere Optionskommunen zugelassen werden. Mindestens drei Viertel aller Grundsicherungsstellen werden Jobcenter sein, höchstens ein Viertel, werden Optionskommunen sein. Weiteres zentrales Element der Neuorganisation ist die Verbesserung der Verantwortlichkeiten und Aufsichtsbeziehungen zwischen den Gremien auf lokaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene.



Ingrid Fischbach, MdB: „Es geht um nichts weniger als um 6,5 Millionen Menschen in unserem Land. 6,5 Mio. Menschen beziehen Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch, umgangssprachlich Hartz IV genannt. Diese Zahl macht bereits deutlich, dass es sich bei der Reform der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende um ein Projekt von außerordentlicher Priorität handelt. Die Debatte, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten geführt haben, war gekennzeichnet und getragen von dem Willen der Beteiligten, für die Betroffenen hier eine bestmögliche Lösung zu erarbeiten. Wir haben uns bei der Diskussion daher vor allem von dem Gedanken leiten lassen, eine Lösung zu finden, die den Interessen der Betroffenen am besten Rechnung trägt.“

Die Rede, die ich zu diesem Thema gehalten habe, ist wie immer über mein Büro oder meine Homepage www.ingrid-fischbach.de erhältlich. Grundlage der Debatte waren das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Der vom Bundeskabinett am 31. März 2010 beschlossene Entwurf einer Grundgesetzänderung (Artikel 91e GG) stellt sicher, dass die gemeinsame

Aufgabenwahrnehmung von Agenturen für Arbeit und Kommunen fortgesetzt werden kann. Die Erbringung der Leistungen aus einer Hand wird damit auch zukünftig sichergestellt. Die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen werden im Regelfall die Aufgaben in gemeinsamen Einrichtungen wahrnehmen. Der Entwurf baut auf den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf und entwickelt diese im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter. Mit dem in erster Lesung anstehenden Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) wird die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Neuorganisation und Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen werden.



Bundesausbildungsförderungsgesetz

Durch spürbar veränderte Leistungs- und Strukturverbesserungen soll das BAföG als individuelle Bildungsfinanzierung weiterentwickelt werden. Die Bedarfssätze der Auszubildenden werden im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz um 2 % angehoben, die Freibeträge um 3 %. Auch wird die Vereinbarkeit von individueller Familien- und Ausbildungsplanung verbessert.



Schaffung eines Stipendienprogramms

Die Entwicklung eines nationalen Studienprogramms ist neben dem BAföG und dem Bildungssparen eine weitere Säule der Studienfinanzierung, die auf den Abbau von Hürden gerichtet ist, an denen individueller Bildungsaufstieg scheitern kann. Die Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich sollen zur Hälfte

Spruch der Woche

„Die Hilfe für Griechenland ist keine Verschwendung von Steuergeldern, sondern die Wahrnehmung elementarer deutscher Interessen.“

Wolfgang Schäuble
Bundesfinanzminister
(CDU)

von der Wirtschaft finanziert werden, die ein vitales Interesse an der Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte und an einer engen Vernetzung mit den Hochschulen hat. **Ingrid Fischbach:** „Das Stipendienprogramm zielt darauf ab, begabte Studierende zu unterstützen, die Eigenverantwortung und Profilentwicklung der Hochschulen zu stärken und dadurch auch zur Etablierung einer neuen Stipendienkultur in Deutschland beizutragen.“



Verbesserung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbslosen ist im April um 162.000 auf 3,406 Millionen gesunken. Im Vergleich zum April des Vorjahres waren 178.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote ging damit auf 8,1 % zurück. Dass die Zahl der Arbeitslosen auch saisonbereinigt um 68.000 sank, macht deutlich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit seine Ursache nicht allein in der üblichen Frühjahrsbelebung, sondern darüber hinaus auch in einer konjunkturellen Aufhellung hat.

Marktwirtschaft hilft durch die Krise

Dank der sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland relativ gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 gekommen. Die sozialen Sicherungssysteme wirken stabilisierend und helfen, die Krisenfolgen abzufedern. Zu diesem Ergebnis kommt eine international vergleichende Untersuchung der Bertelsmann Stiftung über das Krisenmanagement in 14 Staaten. Einrichtungen wie Kurzarbeit oder Arbeitszeitkonten, die zu Beginn der Krise bereits existierten und nur angepasst werden mussten, stellen einen klaren Vorteil gegenüber anderen Ländern dar.



... das Allerletzte!

Seit Jahresbeginn traten 4300 Katholiken aus dem Bistum Augsburg aus. Bis vor kurzem unterstand es Walter Mixa.